

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

9. Jahrgang.

Dienstag, 15. Jänner 1929.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rücknahme von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
reichung der Retourmarken.

Geheim mit Ausnahme
des Montag (täglich) 1929

Nr. 13.

Die Landesvertretungen tagen.

Die neugeschaffenen Landesvertretungen hatten heute ihre erste konstituierende Sitzung ab. Ueber zehn Jahre sind seit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik verfloßen, ehe an die Stelle der die Länder fast unter Ausschluß jeder Kontrolle der Bevölkerung verwaltenden ernannten Landesauschüsse solche treten werden, die aus den Landesvertretungen hervorgehen und da Landesvertretungen als übergeordnete Körperschaften ihre kontrollierende und initiative Tätigkeit zu entfalten in die Lage kommen. In dieser durch nichts zu rechtfertigenden Verzögerung liegt eine schwere Verfündigung gegen die Demokratie, die von allem Anfang immer nur ein Torso geblieben ist, auch ehe ihr noch von den unterschiedlichen Demokraten die ihr noch gebliebenen Glieder abgehauen wurden.

Das Verfallnis, die Selbstverwaltung der Länder, Bezirke oder Gaue rechtzeitig in ihre Rechte einzuführen, hat sich bitter gerächt. Was von den Händen und Klauen des Bürgerblocks geformt, unter dem Namen von Landes- und Bezirksvertretungen hervorgegangen ist, das ist eine verfallene, verfallene, an Händen und Füßen gefesselte Form der Selbstverwaltung, die nicht annähernd den Wünschen, den Rechten und Notwendigkeiten der Massen der arbeitenden Bevölkerung und ebensowenig den Anforderungen der Demokratie Rechnung trägt. Die Landesvertretungen sind so beschaffen, wie sie dem Ideal des herrschenden reaktionären Bürgerturns entsprechen. Lage es nur an diesem Bürgerturn und an den es repräsentierenden Parteien, so wären die Rechte und der Einfluß der Bevölkerung im Staate auf die Gesetzgebung längst schon ebenso beschnitten und verkrüppelt, wie in den Landes- und Bezirksvertretungen. Das oberste Leitmotiv der Urheber der Verwaltungsreform, auf Grund derer die Landes- und Bezirksvertretungen geschaffen wurden, war: Verhütung jeder sozialen Verwaltung!

Die bürgerlichen Parteien haben noch immer im Gedächtnis, wie frühig die sozialistischen Parteien nach dem Amsturz in den unter ihren Einfluß gelangten Gemeinden waren, wie sie — was das Bürgerturn unter dem Schlagworte des „Verjaagens“ zusammenfaßt — die ihnen durch das Vertrauen der Wählerschaft verliehene Kraft dazu benutzten, um, so weit es die durch das Verbrechen des Krieges minierten wirtschaftlichen Mittel der Gemeinden nur irgendwie erlaubten, durch soziale Reformen und durch soziale Fürsorgetätigkeit die dem Volke geistigen furchtbaren Wunden zu heilen. Damals, als sie voll schäumender Wut zusehen mußten, wie die Sozialisten anstatt des Heilsackes der Reissenden den Menschen zum Mittelpunkt der von ihnen entfaketen Rücksicht machten, damals, als der traffe Unterschied zwischen bürgerlich-ehersziger und sozialistischer Verwaltungstätigkeit jedem Auge sichtbar wurde, reifte in ihnen der Plan, im geeigneten Augenblicke alles vorzuführen, um die Wiederkehr einer solchen sozialen Fürsorgetätigkeit, die ihnen als wahre Sprechherrschafft erdienen, zu verhindern. Sie benötigten einen Zeitpunkt der Ermattung der sozialistischen Arbeiterbewegung, um neben der Spaltung der Geldfäden der Besitzklassen dem arbeitenden Volke auch die politischen Rechte zu beschneiden. Den Gemeinden sollte durch das Gemeindefinanzgesetz die Lust und Möglichkeit zu allen sozialen „Experimenten“ ausgetrieben werden und der günstige Moment genützt werden, um die alte Schuld des Nichtbestehens der Selbstverwaltung in den Ländern und Gebieten in einer Weise einzulösen, welche diese Körperschaften zu Sackgassengebilden herabdrücken und die soziale Tätigkeit im Keime ersticken sollte.

Allen Warnungen und Protesten gegenüber haben die international verbündeten Bürger-

Auch den Kroaten geht es an den Kragen!

Maček wegen eines Interviews einem hochnotpeinlichen Verhör unterzogen.

Agram, 14. Jänner. (Tsch. P.-B.) Der Präsident der kroatischen Bauernpartei Dr. Maček hatte vor einigen Tagen dem Korrespondenten des „Vesti Hrvatski“ ein Interview gewährt. Den in diesem Blatte veröffentlichten Äußerungen zufolge, habe Dr. Maček das neue Regime in Jugoslawien scharf verurteilt und deshalb als ein politisches und keinesfalls neutrales dargestellt.

Obgleich Dr. Maček dieses Interview in den Agramer Blättern als seinen Äußerungen nicht entsprechend dementierte, wurde er gestern zum Leiter der Agramer Obergespannschaft General Maximović berufen und auf Grund des neuen Staatsstuhpsgesetzes aufgefordert, sich über seine

angeblichen Äußerungen im „Vesti Hrvatski“ zu erklären. Er wurde einem förmlichen Verhör unterzogen und seine Erklärung zwecks eventueller Verfolgung zu Protokoll gebracht. Dr. Maček erklärte, das Interview sei falsch wiedergegeben worden, und gab seine wirklichen Äußerungen zu Protokoll.

Es ist dies der erste Fall der Verfolgung eines kroatischen Politikers nach Einführung des neuen Regimes wegen in der ausländischen Presse erschienener Äußerungen. Die Einvernahme Dr. Mačeks beim Obergespan rief in der Stadt Sensation hervor.

Der Belgrader Bürgermeister Leiter des Außenministeriums.

Marinković geht auf Erholungsurlaub in die Schweiz.

Belgrad, 14. Jänner. Der demokratische Bürgermeister von Belgrad Dr. Kumanudi wurde zum Post- und Telegraphenminister und zum Leiter des Außenministeriums auf die Dauer der Abwesenheit des heute nach Davos abgereisten Außenministers Marinković ernannt. Ferner wurde der Agramer Advokat Zelimir Majuranić zum Handelsminister ernannt und Landwirtschaftsminister Krangos mit der Leitung des Ministeriums für Agrarreform betraut.

Die Subalternbeamten fliegen schon...

Belgrad, 13. Jänner. Ministerpräsident General Zivković beauftragte die Großschupane, ihm binnen 15 Tagen eine Liste aller jener Beamten vorzulegen, deren Entlassung aus dem Dienste wegen ungenügender Qualifikation, wegen Nachlässigkeit im Dienste oder aus sonstigen Gründen im Interesse des Staates gelegen sei. Der Ministerpräsident macht die Großschupane persönlich für die klägliche Erledigung der Dienstgeschäfte innerhalb ihres Dienstkreises verantwortlich.

Amanullah dankt ab.

Zugunsten seines älteren Bruders.

London, 14. Jänner. Die afghanische Gesandtschaft teilt mit, daß König Amanullah aus „patriotischen Gründen“ zugunsten seines älteren Bruders Zuhajab Khan freiwillig auf den Thron verzichtet hat.

Die Beziehungen Afghanistans zu den Mächten werden dieselben bleiben wie bisher.

parteien die Landes- und Bezirksvertretungen zu Werkzeugen der tschechisch-nationalistischen Zentralgewalt und der tschechischen Bürokratie gemacht. Die deutschbürgerlichen Regierungsparteien haben sich durch ihre Mitwirkung dabei eines befonderen und niemals süßbaren Verbrechens schuldig gemacht, indem sie außer acht ließen, daß die Sicherung der Rechte und ungehinderten Entwicklung einer nationalen Minderheit, wie es die deutsche in der Tschechoslowakischen Republik ist, nur auf dem Boden der Freiheit und der Demokratie erfolgen kann, aber die Aussicht, ihren unausgeglichenen Haß gegen die Arbeiterklasse betätigen zu können, hat sie zu Helfershelfern des tschechischen Imperialismus gemacht, hat sie den Gedanken an die Zukunft ihres eigenen Volkes bedenkenlos über Bord werfen lassen. Es wird ihnen für ewige Zeiten unvergeben bleiben, daß sie mitwirkten, der arbeitenden Bevölkerung ein bis auf ein Minimum entwertetes Wahlrecht für die neuen Landes- und Bezirksvertretungen zu geben, das den längeren Wählern das Wahlrecht geraubt, das Recht der anderen durch das der Regierung verliehene Recht der Ernennungen von einem Drittel der Mitglieder dieser Körperschaften verfalligt hat und, wie die Wahlen und die ihnen folgenden Ernennungen beweisen haben, das Wahlergebnis in sein gerades Gegenteil verkehrte. In den Landesvertretungen wird, wenn man den Staat als Ganzes nimmt, eine Mehrheit herrschen, die in der Wählerschaft keinen Boden hat, die nur auf Grund der ihr von der Bürokratie zugesprochenen Birrstimmen die Verwaltung ausüben wird. Eine ostromierte und in keinem wirklich demokratischen Lande mögliche Geschäftsordnung und die Uebertragung einer unerhört drakonischen Kommandogewalt an den ernannten und beamteten Landespräsidenten, der geradezu zum Diktator gemacht wird, sollte die Verkrüppelung dieser neuen Selbstverwaltungskörper vervollständigen, um sie an ihrer Aufgabe, für die kulturelle und soziale Aufwärtsentwicklung der Bevölkerung zu arbeiten, zu behindern.

Dieser Verbrechen gegen die Grundrechte des Volkes muß heute, da die neuen Landesvertretungen zum erstenmale zusammengetreten, gedacht werden. Die arbeitende Bevölkerung wird daran erkennen können, welche schwere Aufgabe ihrer Vertreter bevorsteht. In diesem Sinne wird gewiß jeder Arbeiter, jeder Sozialist die sozialistischen Landesvertreter, die neuen Vorden betreten, um auf diesem Wirkungsterrain Arbeit für die arbeitende Bevölkerung zu leisten, herabschicken begrüssen!

Trotz aller Mühe, die sich die bürgerlichen Parteien gaben, um den Einfluß der Arbeiterschaft auf die Landesverwaltungen zu entwerfen, wird die Tätigkeit unserer Genossen dort nicht wertlos sein. Ein weites Feld ist es, das sie in unermüdlicher Arbeit zu roben und fruchtbar zu machen haben. Zahlreiche Fürsorgeanstalten und Krankenhäuser sind der Verwaltung der Länder unterstellt, auf humanitären, kulturellem, sozialem, verkehrstechnischem und sanitärem Gebiet kann manches geleistet werden, muß sich der Einfluß der sozialistischen Vertreter wirksam erweisen. Sozialisten, die durch das Vertrauen der Massen zu einem Amt berufen werden, wird damit nicht eine Bürde verliehen, sondern eine Aufgabe übertragen, die sie ernst und im vollen Bewußtsein der Verantwortung auf sich nehmen.

Es sind verfallene Selbstverwaltungskörper, die heute ihre Tätigkeit beginnen, aber alles soll getan werden, um auch dieses farge, dem Volke belassene Recht in seinen Dienst zu stellen! Daneben wird der Kampf gegen das Unrecht, das ihre Form darstellt, keinen Augenblick zur Ruhe kommen. Es hängt in erster Linie vom Willen, von der Kampfesentschlossenheit, vom Selbstvertrauen und von der Kraft des Einigungswillens der sozialistischen Arbeiter ab, wann an die Stelle dieser in ihrer Freiheit gedrohten und in ihrer Entschlußkraft behinderten Körperschaften solche treten, die der volle Ausdruck des Volkswillens sind und durch die der künstlichen Vorherrschaft der Bourgeoisie ein Ende gemacht wird!

W. N.

Kabinettsberatungen über das Defizit.

Der Reichsfanzler amtiert wieder.

Berlin, 14. Jänner. (Eigenbericht.) Unter dem Vorsitz des Reichsfanzlers, der heute von einem Erholungsurlaub nach Berlin zurückgekehrt ist, hat nachmittags das Reichskabinett die Beratung des Haushaltsentwurfes für 1929 begonnen. Es handelt sich jetzt darum, die Zustimmung des Gesamtkabinetts zu den bereits bekannten Vorschlägen des Reichsfinanzministers zur Deckung des Defizits von 500 Millionen Mark durch neue Steuern zu erhalten. Vermutlich wird die Staatsbeamten im Kabinett die ganze Woche in Anspruch nehmen.

Die Gadjen gegen die Koalition.

Berlin, 14. Jänner. (Eigenbericht.) Auf dem Landesparteitag der tschechischen Sozialdemokratie, der am Samstag und Sonntag in Leipzig stattfand, wurde die Koalitionspolitik im Reich scharf angegriffen. Genosse Ströbel, der in Sachsen gewählt ist, erklärte, daß die überwiegende Mehrheit der Partei in Sachsen der Meinung sei, die jetzige Koalition sei auf die Dauer nicht tragbar, da die Früchte der Koalitionspolitik sehr mager und eine Besserung der Situation nicht zu erwarten sei. Genosse Ditzmann als Vertreter des Parteivorstandes legte die Gründe dar, die die Parteimehrheit bestimmt hätten, sich an der Koalition im Reich zu beteiligen. Die Wähler, die am 20. Mai den Deutschnationalen eine so vernichtende Niederlage beigebracht haben, hätten es nicht verstanden, wenn die Sozialdemokratie durch ihre Passivität eine neue Reichsregierung ermöglicht hätte.

Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß für den Fall, daß sich die Mehrheit der Reichstagsfraktion bei Umbildung des Kabinetts nun doch wieder für eine Beteiligung erklären sollte, der Eintritt von Parteigenossen fernab von der Erreichung bestimmter der Interessen der Arbeiterschaft entsprechenden Forderungen zu knüpfen wäre, die von der Koalition vor Beginn der Koalitionsgesprächen festgelegt werden müßten.

Austritte sozialistisch-radikaler Deputierter.

Paris, 13. Jänner. Der sozialistisch-radikale Deputierte Borel und drei weitere Deputierte der sozialistisch-radikalen Partei sind aus der Partei ausgetreten, da sie sich mit der vorgelegten Abstimmung nicht identifizieren wollten. Zunächst vier Deputierte stimmten nämlich zum Ausschluß vom Fraktionsbeschluss für die Regierung und gaben bekannt, daß sie in die Fraktion der unabhängigen Linken eintreten werden. Die Fraktion der Sozialistisch-radikalen zählt nach diesem Austritt 121 Mitglieder anstatt der früheren 125, was sich bei den Wahlen in die Ausschüsse der Kammer sichtbar machen wird. Im Finanzanschuß und einigen anderen Ausschüssen werden die Sozialistisch-radikalen ein Mitglied verlieren.

Der neue Kirchenstaat.

260 Quadratkilometer mit 10.000 Einwohnern.

London, 14. Jänner. „Daily Telegraph“ berichtet aus Rom, daß der neue Kirchenstaat ein Flächenmaß von 260 Quadratkilometern und etwa 10.000 Bewohnern haben wird. Ueber dieses Gebiet hätte der Papst volle Souveränität wie sie z. B. auch die Republik San Marino hat. Außerdem soll der Papst für das übrige Gebiet des ehemaligen Kirchenstaates eine finanzielle Entschädigung erhalten und hier sei die Summe von vier Millionen Pfund Sterling auf eine Million herabgesetzt worden. Die auf dem Gebiete des Kirchenstaates ansässigen Personen werden die Möglichkeit haben, über ihre Staatszugehörigkeit zu entscheiden. Der hl. Stuhl wird seinerseits das Recht haben, Personen, die als nicht erwünscht angesehen wurden, die Jurisdiction der Staatszugehörigkeit auf keinem Territorium abzulehnen. Alle Bestimmungen des Abkommens zwischen dem hl. Stuhl und dem Königreich Italien sollen durch einen zwischenstaatlichen Vertrag, den beide Parteien als gleich souveräne Mächte abschließen werden, in Kraft treten. Im Vatikan wird bisher vollkommenes Stillschweigen über das vorbereitete Abkommen gewahrt.

Die Verteilung des Vermögens.

Ein Einblick in die kapitalistische Gesellschaftsordnung. — 124 Personen verfügen über ein größeres Vermögen, als 1,000.000 Menschen zusammen besitzen.

Es braucht nicht langwieriger Beweise, daß der größte Teil des Volkes arm ist; die tägliche Beobachtung und Erfahrung lehrt uns das eindringlich genug. Diese Tatsache ist aber auch schon des öfteren zahlenmäßig festgestellt worden, obwohl das statistische Staatsamt bei uns, das sonst mit Statistiken über alle erdenklichen, mehr oder minder wissenschaftlichen Dinge nicht geizt, in dieser Hinsicht aus begrifflichen Gründen zurückhaltend ist. Wozu auch der verhasste Sozialdemokratie neue Beweise liefern, daß die Vorteile unserer heutigen Gesellschaftsordnung nur einer ausserwählten kleinen Minderheit zugute kommen, während die Massen in Not und Elend darben müssen!

Nun ist in den Mitteilungen des statistischen Staatsamtes (Jg. 1928, 21—23) ein Beitrag erschienen, der trotz seiner Unvollständigkeit helles Licht auf die sozialen Verhältnisse in der Tschechoslowakischen Republik wirft. Diese Ausgabe der Mitteilungen bringt statistische Angaben über das gelegentlich der Veranlagung der Vermögensabgabe festgestellte Vermögen. Das Gesetz über die Vermögensabgabe und Vermögenszuwachsabgabe verpflichtete jeden Haushaltungsvorstand, für sich und die Mitglieder seiner Haushaltung ein Verzeichnis einzubringen, auf dessen Grundlage sein Vermögen festgestellt werden konnte. Das statistische Staatsamt hat einen

Personen	%	Ka	Kb	%
220.958	00.80 bis zu	10.000	626.624.000	6.67
54.417	14.41 über	20.000	789.482.000	8.41
26.440	7.00	30.000	658.468.000	7.01
25.603	6.78	50.000	1.008.491.000	10.72
28.616	6.26	100.000	1.698.930.000	18.08
14.377	3.81	250.000	2.190.248.000	23.32
2.320	0.61	500.000	811.346.000	8.64
605	0.16	1.000.000	441.920.000	4.70
195	0.05	2.000.000	303.459.000	3.23
124	0.03	2.000.000	870.668.000	9.27

Was zunächst in die Augen fällt, ist die furchtbare Tatsache, daß fast 61 Prozent aller Haushaltungsvorstände ein Vermögen von höchstens 10.000 K ihr eigen nennen. Nun muß man aber bedenken, daß nur ein ganz kleiner Bruchteil dieser Höchstsumme nahe kommt. Wieviel Tausende mag es geben die gar kein oder fast kein Vermögen besitzen? Das Ergebnis einer solchen Feststellung wäre ein so trauriges, daß sich die Statistik lieber schamhaft darüber ausschweigt. Es ist aber leicht vorzustellen, wieviele solcher „Besitzer“ in dieser niedersten Gruppe verborgen sind, wenn man das Durchschnittsvermögen berechnet, das auf einen Besitzer entfällt. Es beträgt in dieser Gruppe, sage und schreibe, 2.725 Kronen, Grund- und Hausbesitz, Erwerbvermögen und Spareinlagen zusammen. Man braucht wahrlich nicht neugierig zu sein, was für Grundbesitzer hier ausgezählt sind und was für Häuser sie besitzen, wenn das Gesamtvermögen 10.000 K nicht übersteigen darf. Jedermann weiß, daß auch eine halbverfallene Hütte immerhin noch ein „Vermögen“ darstellt und das erscheint eben in dieser Gruppe ausgewiesen.

Weitere 54.417 Haushaltungsvorstände haben ein Vermögen von höchstens 20.000 K. Das Durchschnittsvermögen dieser Gruppe beträgt 14.507 K, ebenfalls ein armseliger Betrag, wenn man beachtet, daß sich hier das unbedingt notwendige Arbeitsvermögen der Kleinrentner, Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden u. dgl. verbirgt. So täuschen diese Zahlen ein Vermögen vor, das gar nicht vorhanden ist, weil es nicht

Teil dieser Bekenntnisse für statistische Zwecke verarbeitet und die Vermögensverhältnisse in vorläufig zwanzig vom Finanzministerium ausgewählten Steueradministrationen aufgezählt. In Böhmen sind es die Steueradministrationen Brandeis a. d. Elbe, Böhmer-Brod, Budweis, Karolinenthal, Königshof, Leitmeritz, Mies, Zlonan, Trautenau und Turnau, in Mähren Auspitz, Datschitz, Göding, Pottau, Mähr.-Neustadt, Brerau und Prohmitz, in Schlesien Freudenthal, Jägerndorf und Troppau-Stadt. Die Slowakei und Karpathenland sind nicht berücksichtigt worden, wahrscheinlich deshalb, um den Gegensatz zwischen arm und reich, der schon in den Sudetenländern in die Augen springt, nicht noch deutlicher zum Ausdruck kommen zu lassen.

Das Gebiet der oben angeführten zwanzig Steueradministrationen wird von 1.355.568 Einwohnern bevölkert; es ist also rund ein Siebentel der Bewohner der Sudetenländer in die Betrachtung einbezogen worden. Von diesen 1.355.568 Einwohnern verfügen am 1. März 1919 377.655 Personen tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit über ein Vermögen. Das festgestellte Vermögen gliedert sich in land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Hausbesitz, Erwerbvermögen und sonstiges Vermögen, insbesondere Kapitalvermögen. Es verfügten am 1. März 1919

in Vorgeb ungesetzt werden kann, will der Besitzer nicht brotlos werden.

Drei Viertel aller „Besitzer“ sind daher tatsächlich brotlos. Ihnen gehören nur fünfzehn Prozent des Volksvermögens, das für sie gar kein Vermögen darstellt.

Höchstens 30.000 K besitzen nur mehr 26.440, höchstens 50.000 K 25.603 und höchstens 100.000 Kronen 28.616 Haushaltungsvorstände. Damit ist ungefähr die Hälfte des Volksvermögens in diesen 20 Bezirken aufgeteilt. Nun sehen wir schon klar und deutlich die Gerechtigkeits der heutigen Gesellschaftsordnung. Die eine Hälfte des Volksvermögens gehört 360.034 Personen, die andere Hälfte aber nur 17.621 Personen. Immer weniger Personen teilen sich nun in immer größere Vermögen. Das letzte Rennen gewinnen 124 Besitzer mit einem Einzelbesitz von mehr als 2.000.000 K. Vergleich man diese letzte Gruppe der besonders ausgewählten Glücksfinder mit den Armen und Verlassenen der ersten Gruppe, so kommt man zu dem schier ungläublichen Ergebnis, daß alle

220.958 Haushaltungsvorstände, mit ihren Familienangehörigen nahezu 1.000.000 Menschen, zusammen noch lange nicht über daselbe Vermögen verfügen, wie es 124 Personen besitzen!

So sieht die kapitalistische Gesellschaftsordnung aus, die einigen wenigen, vom Glück begünstigten, Riesenvermögen zur Verfügung stellt, während sie ungezählte Tausende in Not und Elend verkommen läßt.

ein zweites Mal ziehen konnte, hatte ihm Curtin einen Faustschlag gegen das Kinn gegeben, der Dobbs zu Boden warf. Curtin warf sich sofort auf ihn und ersand ihm den Revolver. Dann sprang er auf und trat einige Schritte zurück.

„Die Karten sind jetzt anders gemischt, Dobbs“, sagte er.

„Zehe ich“, erwiderte Dobbs. Er richtete sich hoch auf, blieb aber auf dem Boden hocken.

„Nun will ich dir nur sagen, daß du ganz im Unrecht bist“, meinte Curtin.

„Ich habe nicht einen Augenblick daran gedacht, dir etwas abzunehmen, oder dich gar aus dem Wege zu räumen.“

„Sagst du mir jetzt gut erzählen. Aber wenn du so ein frommes Kind bist, wie du behauptest, dann gib mir meine Kanone wieder.“

Curtin lachte. „Das werde ich doch besser bleiben lassen. Das ist kein Spielzeug für dich.“

„Versuche“, erwiderte Dobbs kurz und ging zum Feuer.

Curtin zog die Patronen aus dem Revolver des Dobbs und schob sie in die Tasche. Dann zog er die Waffe eine Weile in der Hand. Er wollte sie Dobbs reichen, und Dobbs strakte auch schon den Arm aus. Aber er besann sich und schob den Revolver ebenfalls in die Hosentasche. Dann setzte er sich auf Feuer, achte aber darauf, daß er genügend Platz hatte, um einen unerwarteten Angriff Dobbs auszuweichen.

Nun brachte er seine lange Tabakspfeife hervor und zündete sie an. Dobbs sprach kein Wort, und Curtin hatte reichlich Gelegenheit, seinen Gedanken nachzugehen.

Er war keineswegs besser daran als eine halbe Stunde vorher. Er konnte nicht vier Tage und vier Nächte Dobbs bewachen. Endlich würde er einschlafen, und Dobbs würde ihn übermächtig. Dobbs wird kein Erdarmen zeigen. Er ist ja nun überzeugt, daß er richtig vermutet hatte,

Inland.

Zusa bleibt bis zur Hauptverhandlung in Haft?

Preiburg, 14. Jänner. (Tsch. P. B.) In der Zusa-Affäre widmete der Untersuchungsrichter den heutigen Vor- und Nachmittag dem Verhör des Kronzeugen, Bürgermeisters von Lučence Běláuský, der seinerzeit die Volkspartei und später öffentlich darauf aufmerksam machte, daß Zusa mit Hilfe der Klobučana und verschiedener ausländischer Agenten in der Slowakei einen Aufstand gegen die Tschechoslowakische Republik als ein Ganzes vorbereitete. Morgen werden die übrigen Zeugen, die sich bei dem Untersuchungsrichter freiwillig gemeldet haben, vernommen werden.

Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte Samstag die Zeitschrift „Klobučana“ wegen Billigung strafbarer Handlungen und wegen Aufwiegelung im Zusammenhang mit der Zusa-Affäre.

Wie verlautet, wird Abg. Dr. Zusa bis zur Hauptverhandlung nicht aus der Untersuchungsanstalt entlassen werden, da der Untersuchungsrichter hierfür sehr ernste Gründe hat.

Um das Budget des Ministeriums für nationale Verteidigung

hat sich eine Auseinandersetzung zwischen dem ehemaligen Finanzminister Engliš und den Machern der heutigen Koalition entzündet. Engliš hatte nämlich jüngst darauf hingewiesen, daß die Ueberschreitung des Budgets des Ministeriums für nationale Verteidigung eine Ungeheuerlichkeit ist, denn die Ausgaben dieses Ministeriums dürften jährlich nicht mehr als 100 Millionen übersteigen. Die „Lidové Listy“, das Blatt der Liberalen, hat nun den ehemaligen Finanzminister deswegen heftig angegriffen und gesagt, daß er in den Feinden des Staates (nämlich bei den Kommunisten) den Eindruck erwecke, als ob das Ministerium für Nationale Verteidigung insgeheim den Aufwand für Rüstungen überschreite, und daß er dadurch den Kommunisten Material zu ihrer Agitation gebe. Dadurch habe der Minister das Amtsgheimnis, an das er auch noch seinem Rücktritt gebunden sei, übertreten. Engliš verantwortet sich nun dahin, daß der Nationalverteidigungsminister selbst am 3. Oktober 1928 im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses öffentlich zugegeben habe, das Ministerium könne mit dem Aufwand nicht auskommen und werde ihn überschreiten müssen.

Engliš' Kampf um die Stabilisierung des Militärbudgets ist allerdings nicht erst zu nehmen, da er in demselben Artikel erzählt, der Ministerpräsident Štebba hätte ihn im Jahre 1926 in einer langen Auseinandersetzung für immer überzeugt: „daß eine freie Nation, die sich nicht auf ihre Mutternation in einem anderen Staate stützt, sich nicht auf fremde Hilfe, sondern nur auf sich selbst und die eigene Armee verlassen kann.“

Der Sonderausschuß für Schulwesen (Schulausschuß) des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper hat sich in der Sitzung am 21. Oktober 1928 neu gebildet. Zum Vorsitzenden wurde Abgeordneter Gen. Dr. Ludwig Czoch, Brünn, Jodokstraße 1, zum Vorsitzendenstellvertreter Herr Abgeordneter Dr. Ernst Schollich, Reutischheim, zum Geschäftsführer Herr Dr. Walther Pech-Mannagetta in Teplitz-Schönbau, Schulplatz 5, gewählt. Die Geschäftsführung befindet sich beim Verbande der deutschen Selbstverwaltungskörper in Teplitz-Schönbau, Schulplatz 5. An diese Anschrift sind sämtliche Zuschriften zu richten. Dem Sonderausschuße für Schulwesen des

Erregung gegen die Japaner in Hankau.

Hankau, 14. Jänner. Die Erregung, die, wie bereits gemeldet, unter der Bevölkerung dadurch entzündet ist, daß ein Chinese an der Grenze der japanischen Konzession von einem Motorradfahrer überfahren wurde und die Japaner sich bisher geweigert haben, den chinesischen Entschädigungsforderungen zu entsprechen, hat zu einem Boykott gegen Japan geführt. Die Japaner haben um den japanischen Stadteil einen Stacheldrahtverhau errichtet.

Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper gehören parlamentarische Vertreter aller politischen Parteien an. Die Vertreter der Lehrergewerkschaften aller Art, welche keine parteipolitische Struktur aufweisen, werden den Sitzungen des Sonderausschusses als Gäste beigezogen werden. Die Regelung der in Prag erforderlichen Tätigkeit des Sonderausschusses, welche nicht durch die Geschäftsführung besorgt werden kann, bleibt einem späteren Beschlusse des Sonderausschusses vorbehalten. Ueber die Frage, ob der deutsche parlamentarische Schulausschuß in Zukunft noch weiter bestehen wird, wird von den deutschen politischen Parteien entschieden werden.

Tagung der tschechischen öffentlichen Angestellten. Der Verband der tschechischen öffentlichen Angestellten hat am Sonntag in Prag eine Tagung abgehalten, an der in Vertretung der tschechoslowakischen Gewerkschaftskommission Genosse Tayerle teilnahm. Die Berichte über die Tätigkeit des Verbandes wurden einstimmig zur Kenntnis genommen. Ebenso die Reserate der Genossen Čepelal und Rožak, an die sich eine längere Debatte knüpfte. Abgeschlossen wurde der Kongreß mit einer Rede des Obmannes des Verbandes, des ehemaligen Abgeordneten Bubník.

Strobar und Hodža. Wir haben bereits über die schweren Differenzen, die zwischen den beiden genannten, der tschechischen Agrarpartei angehörigen slowakischen Politiker ausgebrochen sind, berichtet. Wie es heißt, wird die Sache mit dem Ausschluss Strobars aus der Agrarpartei enden. Im übrigen hatten auch die slowakischen Liberalen den Agrariern die Angriffe Strobars gegen Hodža vor und schreiden unter Bezugnahme auf die Affäre Zusa in ihrem Blatt „Slovák“: „Sollte nicht der gegenwärtige Schulminister Dr. Hodža, der seinerzeit als Gefandter in Budapest die Slowakei verraten hat, in der Zelle sitzen? Wenn Zusa wegen seiner angeblichen Tat eingekerkert wurde, so gehört Hodža rechtmäßig an den Galgen.“ — Es gibt viele Politiker der gegenwärtigen Regierungsmehrheit, die über ihre österreichische oder ungarische Vergangenheit am liebsten nicht reden wollten!

Landesvertretungen und Politik. In dem Gesetze über die Verwaltungsreform ist bekanntlich die Bestimmung, daß die Landesvertretungen wohl politische Debatten abführen, dagegen jedoch nicht politische Entschlüsse fassen und entsprechende Beschlüsse nicht fassen können. Selbst in dem Leitartikel des liberalen Kampforgans „Lidové Listy“ wird daran gewweifelt, ob diese Bestimmung zweckmäßig ist. Wo ist die trennende Linie zwischen Politik und den übrigen Faktoren des öffentlichen Lebens? So ruft das Blatt aus, „ob es nun wirtschaftliche, soziale oder Angelegenheiten des Verkehrs sind? In diesem Hinblick glauben wir, daß es oft zu Unterschieden in der Auffassung zwischen den Vorsitzenden und den Mitgliedern der Landesvertretungen kommen wird.“

Der Schatz der Sierra Madre

Von V. Traven.

(Verlag der Büchergilde Gutenberg, Berlin 1928.)

Da war nur ein Ausweg. Curtin hatte das mit Dobbs zu tun, was Dobbs mit Curtin vorhatte. Eine andere Meinung gab es nicht. Zehlinge oder da wirst verschlungen. Da ist kein anderes Gesetz.

Seine Bronze will ich gar nicht haben, dachte Curtin, oder ich muß ihn beiseite schaffen. Der Alte bekommt seine Ladung, ich behalte meine, und die des Schurken grabe ich ein. An ihm will ich mich nicht reich machen, aber mein ist ebensoviele wert wie das seine.

Er hatte die linke Hand mit der Tabakspfeife im Schoße ruhen, seine rechte Hand lag auf dem Anie. Jetzt zog er die rechte Hand langsam an sich und ließ sie nach hinten zur Schamische gleiten.

Aber im selben Augenblick hatte Dobbs seinen Revolver hoch.

„Eine Bewegung, Junge“, rief er, „und ich ziehe ab.“

Curtin hielt die Hände ruhig.

„Hoch damit!“ sagte Dobbs.

„Habe ich doch ganz richtig vermutet“, sagte Dobbs höhnisch. „Verräubern mit langen Revolvern. Da kommst du bei mir nicht durch.“ Dobbs kam näher. „Zieh auf!“ sagte er.

Curtin sprach kein Wort. Er war bloß geworden. Als er hand, kam Dobbs ganz nahe, ging um ihn herum und griff in die Revolvertasche des Curtin, um ihn zu entwaffnen.

Mit einem kurzen Ruck hob Curtin herum. Dobbs schoß. Aber durch die unerwartete Bewegung des Curtin schloß die Angel, und ohne Dobbs

daß er in Notwehr handele, wenn er Curtin besitzte. Es konnte nur einer überleben. Beide würden halb wahnsinnig werden vor Furcht und vor Uebermüdung. Wer einschloß, war das Opfer des andern.

„Können wir uns nicht morgen früh oder heute nacht noch trennen und jeder seinen eigenen Weg ziehen?“ fragte endlich Curtin.

„Würde dir gefallen?“

„Warum gefallen?“

Dobbs lachte höhnisch auf. „Nicht von hinten paden? Nicht wahr? Oder mir Banditen auf den Nacken hegen?“

„Dann freilich, wenn du das denkst“, sagte Curtin. „Dann weiß ich nicht, wie wir auseinanderkommen. Dann werde ich dich wohl binden müssen, Tag und Nacht.“

„Ja, das wirst du wohl müssen. Also komme nur heran und binde. Ich bin dabei.“

Dobbs hatte recht. Das war nicht so einfach, ihn zu binden. Das konnte leicht dazu führen, daß die Karten abermals vertauscht würden. Und das wäre zum letzten Male gewesen. Dobbs war der, der robuster war, der nichtschissloser Zugriff. Er war durch die Robustheit seines Gewissens der Stärkere der beiden. Der Rücksichtslose überlebte den Jägernden. Diejenigen, die einer raschen Tat mehr vertrauen als einem ruhigen sorgfältigen Überlegen und Überlegen, sind die Eroberer. Aber die andern sind die Sieger und werden die Besitzer. Hier aber kam nur die Eroberung in Frage, weil die Sicherheit des eigenen Lebens allem in der rücksichtslosen Ueberwältigung und Vernichtung des andern lag. Curtin hatte die Nacht, aber er fürchtete sich, sie zu gebrauchen. Er war Politiker, aber kein Schöpfer. Dobbs dagegen konnte vergeuden, aber nicht verschwendend; er konnte vernichten, aber nicht zerstören. Und darum war auch er kein Schöpfer; denn der Schöpfer kann verschwendend und zerstören.

Für Curtin begann eine entsetzliche Nacht. Nicht aber für Dobbs. Nachdem er die schwache Seite Curtins entdeckt hatte, suchte er sich durchaus sicher. Er konnte nun mit Curtin spielen.

Curtin hatte sich so weit entfernt von Dobbs niedergelegt, daß er ihn gut im Auge behalten konnte und zu gleicher Zeit Raum genug hatte, um ihn mit vorgehaltener Waffe zu empfangen, falls er einen Ueberfall versuchen sollte. Curtin bemühte sich mit allen Kräften, wach zu bleiben. Er war durch den Tagesmarsch ermüdet, und er fühlte, daß es nicht leicht sein würde, die ganze Nacht durchzuhalten. Umhergehen mochte er nicht, weil er glaubte, das würde ihn noch mehr ermüden. Er sah eine Weile aufrecht, aber auch das ermüdete ihn. Dann dachte er, es sei besser, sich in die Decke zu rollen und niederzuliegen. Dabei könne der Körper ruhen. Dobbs würde auch nicht wissen, wenn er ein wenig einschliefe, weil er das nicht so genau sehen konnte.

Nach einer Stunde etwa, als Curtin sich so lange nicht bewegt hatte, richtete sich Dobbs auf und begann zu kriechen. Sofort hatte Curtin den Revolver hoch: „Nicht einen Schritt weiter“, rief er hinüber.

„Guter Nachtwächter“, erwiderte Dobbs und lachte.

Spät nach Mitternacht wachte Dobbs durch das Schreien eines der Esel auf. Er machte wieder den Versuch zu kriechen, aber Curtin hielt ihn sofort auf.

Nun mußte Dobbs, daß er gewinnen würde, und schloß fest ein. Er hielt sich seine Nachtruhe, die er durch die beiden kleinen Tricks Curtin entzog. Die nächste Nacht gehörte ihm.

Telegramme.

Schwere Bluttat eines Heimwehrführers Einen Sozialdemokraten mit dem Revolver niedergeschossen.

Junsbrud, 14. Jänner. (Eigenbericht.) In der Nacht auf heute hat in Telfs im Oberinntal in einem Gasthof ein Heimwehrmann eine schwere Bluttat gegen einen sozialdemokratischen Eisenbahner verübt. Der Heimwehrführer von Telfs namens Wächner hat den Eisenbahner Wieser nach kurzem Wortwechsel mit dem Revolver durch den Hals geschossen. Die Kugel ging am Kehlkopf und an der Schlagader vorüber, verletzte die Lunge und drang hinten an der Schulter wieder heraus. Der Schwerverletzte wurde heute abends nach Junsbrud ins Krankenhaus gebracht und schwebt in Lebensgefahr.

Der Täter wurde noch in der Nacht von Genarmen verhaftet; der Revolver ist ein moderner italienischer Revolver von 9 Millimeter Kaliber. Der Täter hat sich nach der Tat mit der Mitgliedschaft bei der Heimwehr geküsst und erklärt, es könne ihm nichts geschehen, er werde im Gegenteil als Held berühmt werden. Vor zwei Jahren hat er ebenfalls einen sozialdemokratischen Eisenbahner mit dem Messer bedroht, ist jedoch durch die Nachsicht der Behörden ohne Strafe davon gekommen. Die Tat ist die Frucht der Hege der Heimwehr, ihrer Bewaffnung und der Duldung ihres Treibens durch die Landesregierung.

Stimmenrückgang der Eisäher Autonomisten.

Paris, 14. Jänner. Bei den gestern für die erledigten Mandate Rickins und Rosses vorgenommenen Wahlen im Elsass wurde in Altkirch im ersten Wahlgange der Autonomist Stürmer gewählt, welcher von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 11.196 7144 Stimmen auf sich vereinigte. Die Autonomisten erhielten um 600 Stimmen weniger, als bei den Wahlen im April 1928.

In Colmar erfolgt die Entscheidung in einem zweiten Wahlgange. An der Spitze der Kandidaten befindet sich der Autonomist Haug, welcher von der Gesamtzahl von 19.493 Stimmen 8794 erhielt. Gegenüber dem Ergebnisse im April 1928 haben die Autonomisten in Colmar an 2500 Stimmen verloren.

Rabinettskrise in Albanien.

Tirana, 13. Jänner. Da sich die Minister im gestrigen Ministerrat in der Frage des Staatsvoranschlags nicht einigen konnten, hat Ministerpräsident Kotta dem König die Demission des Kabinetts überreicht. Die Regierung wird die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Kabinetts weiterführen.

Mord an einem russischen General.

Der Attentäter rächt die Hinrichtung seines Bruders.

Moskau, 14. Jänner. (Ztg.) Der ehemalige General der Wrangelarmee und nunmehrige Leiter einer Moskauer Militärschule Elschew wurde in seiner Wohnung ermordet. Der Täter ein gewisser Kolenberg, 24 Jahre alt, sagte bei seiner Verhaftung aus, den Mord aus Rache für die während des Bürgerkrieges auf Befehl Elschews im Süden der Sowjetunion erfolgte Hinrichtung seines Bruders verübt zu haben.

Schwere Lage der politisch Verbannten in Rußland.

Hunger und Entbehrungen.

Im Zusammenhang mit den allgemeinen Lebensmitletschwierigkeiten hat sich die Lage der politischen Verbannten wesentlich verschlechtert. Die allernötigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, Butter, Grieß, Tee, Seife, Textilwaren, sind nicht zu erlangen, in manchen Bezirken ist nicht einmal Weizenbrot zu erstehen. Alle

diese Waren werden nur in größeren Zwischenräumen von den Verkaufsstellen der Genossenschaften an ihre Mitglieder abgegeben. Die Verbannten dürfen jedoch auf Anordnung der GUB. (politische Polizei) den Genossenschaften nicht beitreten. Ihren Bedarf dagegen beim privaten Händler zu decken, sind die Verbannten mit den 6 Rubeln staatlicher Besätze im Monat, die sie bekommen, nicht in der Lage. So sind die Verbannten buchstäblich zum Hungern verurteilt. Die Lage der Verbannten, unter deren Angehörigen sich Kranke befinden, ist direkt ausweglos. Unlängst ist das Kind eines Verbannten erkrankt.

Der Milliardär Morgan amerikanischer Experte.

Große Bedeutung für eine eventuelle deutsche Reparationsanleihe.

Washington, 14. Jänner. Owen Young und Pierpont Morgan sowie Perkins als Ersahmann wurden zu amerikanischen Reparationsfachverständigen ernannt.

In amerikanischen Finanzkreisen glaubt man, daß die Annahme der Funktion eines Experten durch Morgan im Hinblick auf seine Kenntnisse der internationalen Finanzmärkte von großer Bedeutung bei der eventuellen Ausschreibung einer großen Anleihe für die Kommerzialisierung der deutschen Anleihen sein wird.

London, 14. Jänner. Der New Yorker Korrespondent der „Daily News“ schreibt: Die Ernennung Pierpont Morgans zum amerikanischen Reparationsfachverständigen wird die unbegründeten Gerüchte zerstreuen, daß Kellogg gegen die Billigung einer deutschen Anleihe in Amerika Protest einlegen werde. Man glaubt jetzt, daß eine erhebliche Ausgabe von Reparationsobligationen einen wesentlichen Teil des neuen Planes bilden wird, der von den Sachverständigen in Paris aufgestellt werden soll. Der Korrespondent sagt man rechne damit, daß Obligationen in der Höhe von zwei Milliarden Mark auf den amerikanischen Markt gelangen werden und daß der Erfolg gesichert sei, wenn Morgan hinter der Sache stehe.

Die Bürokraten ändern eigenmächtig Beschlüsse des Abgeordnetenhauses!

Im Abgeordnetenhause wurde bekanntlich vor einigen Wochen das Gesetz über die Pensionsversicherung der Angestellten beschlossen, das nach der Erledigung durch den Senat bedarf. Nun hat es sich inzwischen herausgestellt, daß das Gesetz in der Fassung des Abgeordnetenhauses Stellen aufweist, die miteinander im Widerspruch stehen. Es hätte also der Senat dem Abgeordnetenhause den Gesetzesentwurf zurückstellen müssen. Damit nun dies nicht geschieht, haben die Beamten des Ministeriums für soziale Fürsorge, so melden die „Lidove Roviny“, die Korrekturen in dem im Abgeordnetenhause beschlossenen Text selbst durchgeführt. Diese forgierte Vorlage soll nun der Senat zur Erledigung erhalten. Wenn dies wahr ist, ist dies

ein so unerhörter Vorgang, wie er kaum in einem anderen demokratischen Lande je vorgekommen ist.

Die Beamten des Ministeriums für soziale Fürsorge haben sich da eine ausgesprochene Gesetzesverletzung, ja sogar eine Fälschung eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses zuschulden kommen lassen und es müßte wohl dann im Sinne des Strafgesetzes gegen sie vorgegangen werden.

Es bleibt abzuwarten, ob die Nachricht der „Lidove Roviny“ sich bewahrheitet. Wenn dies aber der Fall ist, handelt es sich da um einen der freichsten Uebertritte, den sich die Kraktion hat zuschulden kommen lassen.

Beschlüsse unserer mährisch-schlesischen Landesfraktion.

Brünn, 14. Jänner. In Fortführung der am 4. d. M. in Prag abgehaltenen Beratungen, bei denen die Konstituierung der Fraktionen der sozialdemokratischen Landesvertreter stattgefunden hat, traten heute unter dem Vorsitz des Genossen Pipal die deutschen sozialdemokratischen Mitglieder der mährisch-schlesischen Landesvertretung in Brünn zusammen, um einige Vorarbeiten für die Eröffnungshung der Landesvertretung zu treffen. In Vertretung des Parteivorstandes nahm der Vorsitzende Genosse Dr. Czech an der Sitzung teil.

Vor allem wurde die Erklärung beraten, die von unseren Vertretern in der morgigen Sitzung der Landesvertretung abgegeben werden soll. Sie stimmt zu den Angehörigkeitsstellen der Verwaltungsgesamtheit und dem Sprachrecht, dem Mißbrauch des Ernennungsrechtes Stellung, erhebt gegen das dem Lande Schlesien angetane Unrecht schärfsten Protest und umschreibt die unseren Vertretern in der neuen Landesvertretung gestellten Aufgaben.

Eine besondere Beratung ist der Konstituierung der Landesvertretung und der Besetzung der Landesauswahlanstände gewidmet. Hier wurde nach dem mit den deutschen oppositionellen Gruppen abgeschlossenen Uebereinkommen der Beschluß gefaßt, die

Stelle eines Mitgliedes des Landesauswahlausschusses und eines Ersahmannes in Anspruch zu nehmen und sie gemäß dem getroffenen Uebereinkommen turnusmäßig zu besetzen. Für die nächsten drei Jahre werden die Genossen Pipal und als Ersahmann Dr. Schuster in Vorschlag gebracht. Die restliche Zeit stehen die Mandate den Deutschbürgerlichen zur Verfügung.

Die Fraktion befahte sich weiter mit den Anträgen, die in der Eröffnungshung einzubringen wären. Außer dem bereits gemeinsam mit den tschechischen Genossen gestellten Antrag zur Einsetzung einer Kommission zur Wenderung der Geschäftsordnung sollen noch folgende Anträge eingebracht werden: zur Regelung des Sprachgebrauches in der Landesvertretung, auf Einsetzung einer besonderen Kommission für die Schließung, auf Wenderung des Gemeindefinanzgesetzes und der Verwaltungsreform, Einsetzung von Landeskommissionen für Fürsorge und Wohlfahrt, Kultur und Bildung, Personal- und Qualifikationsfragen, Verkehr und Straßen, Freie Anträge, Landwirtschaft und Finanzen.

Zum Schluß wurde eine Reihe interner und technischer Fragen der sachgemäßen Erledigung zugewandt.

Zwei Rebellen wider den Weltkrieg.

Am 15. Jänner führt sich zum zehnten Male vor Tag, an dem Wilhelm Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin auf verdreherische Weise meuchlings ermordet wurden. Eine traurige Woche blutigen Bürgerkrieges war vorüber. Die Spartakisten, die am 7. Jänner 1919 die Bahnhöfe und andere wichtige Stadteile und Stützpunkte der Reichshauptstadt, darunter den „Vorwärts“ besetzt hatten, deren Kämpfe und Gewaltmaßnahmen Berlin sowie ganz Deutschland in Spannung und Atem hielten, waren niedergeworfen. Die Regierung hatte, unter Noskes Leitung, die Stadt, durch deren Straßen der Tod schritt, in der Hand, der weiße Terror begann zu wüten.

In Wilmersdorf, wohin sich Liebknecht über Anraten eines Freundes am 12. Jänner begeben hatte, wurde er bei Verwandten widerrechtlich mit Rosa Luxemburg von einigen Bürgern verhaftet. Man schleppte beide in das Eden-Hotel, das Stabsquartier der Gardebataillon, von wo sie im Auto in das Moabitler Untersuchungsgefängnis gebracht werden sollten. Beim Einsteigen in das Auto wurde Rosa Luxemburg mit dem Gewehrstoß erschlagen. Karl Liebknecht verlor ein „Freiwilliger“ mehrere Kopfschläge

und im Tiergarten schossen ihn die Offiziere, welche ihn begleiteten, wie einen Hund nieder, nachdem sie ihn aus dem Auto stießen und in eine dunkle Allee geben ließen. Von der Unfallstation am Zoologischen Garten wurde der tote Liebknecht als „unbekannt“ in das Schauhaus eingeliefert, da die Offiziere behaupteten, den Toten nicht zu kennen. Liebknecht wurde am 25. Jänner mit den übrigen Gefallenen der Spartakuswoche, unter messianischer Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung Berlins, begraben. Der Leichnam Rosa Luxemburgs wurde erst später im Landwehrkanal gefunden. Die Tragödie zweier Kämpfer für das Proletariat war zu Ende.

Beschämend niedrig war das Verhalten der bürgerlichen Presse zum tragischen Tod der beiden Menschen, die ihr Höchstes einsetzten für eine große Idee. Aus Berlin wurde privat ein Bericht in die Welt geschickt, der mitteilte, daß Rosa Luxemburg auf dem Wege zum Auto von der wütenden Menge erschlagen wurde, so daß sie bestunmungslos in das Auto geragen werden mußte. Dann sprang angeblich ein Mann auf das Trittbrett und gab auf sie einen Schuß ab, der sie auf der Stelle tötete. Karl Liebknecht wurde angeblich auf der Flucht getötet, nachdem ihm vorher aus der Menge ein schwerer Schlag auf den Kopf verleiht wurde. Bei einer späteren Gerichtsverhandlung stellte sich heraus, daß diese Berichte den wahren Tatsachen widersprechen. Die bürgerlich-nationalistische Presse berichtete mit wenigen rühmlichen

Ausnahmen von „den zwei Gewaltmenschen, an denen sich das Schicksal erfüllt habe.“ Die nationalsozialistische „Aufleger Tagewacht“ schrieb damals u. a.: „Liebknecht und Luxemburg, die jüdische Rasse, Liebknecht war ein besserer Arbeiter als jeder der Herren in der Redaktion der „Tagewacht“ haben die plündernden Kohlen des Vaterlands- und Volksverrates auf ihr Haupt geladen und mit unseren Feinden konspiriert... Der germanische Stammesname sollte auf dem Weltball ausgelöscht werden, so befahl es ihnen ihr Rasseninstinkt... der gesunde Instinkt des Volkes wandte sich gegen die Urheber der Berliner Schreckenswoche. Bekern noch „Hoffanab“, heute „Crucifige“. Vom Vater des so gemein Ermordeten, dem Gen. Wilhelm Liebknecht, schrieb das selbe Blatt, daß er „leidenschaftlich für die Pariser Nordbrüder und Petroleusen der kommunistischen Partei genommen“ habe. Es ehrt dagegen das bürgerliche „Prager Tagblatt“, daß es damals schrieb: „Die Schuld der beiden Gefallenen war eine tragische, mit keiner Unreinheit des Bollens belastet;... In der Idee leben, sagt Goethe, heißt das Unmögliche so behandeln als ob es möglich wäre. Da Politik die Kunst des Möglichen ist, waren die beiden Toten keine Politiker, vielmehr waren sie mehr, vielleicht weniger als dies.“ - Heute besteht wohl kein Zweifel mehr darüber.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind in einer Zeit des furchtbaren Notstandes und

Tagesneuigkeiten.

Christlichsozialer Trost.

Für die christlichsoziale Volkspartei wurde der Direktor der Wiskawer Eisenwerke, Herr Sonnenschein, zum Landesvertreter ernannt.

Wahr-Sarting:

Das Wetter war uns bei der Wahl nicht 'grad hold gestant.
Es gab — zu unser' Leid und Qual —
viel Regen, Sturm und Wind,
Doch brauchen wir — war's auch infam —
deshalb nicht traurig sein,
denn sehr: Nach Sturm und Regen kam
ja dann der Sonnenschein. S. S.

26.000 Grippe-Todesfälle in 7 Wochen.

Washington, 14. Jänner. Nach einer Bekanntmachung der hiesigen Gesundheitsbehörde sind in den letzten sieben Wochen 26.000 Menschenleben der Grippe-Epidemie in Amerika zum Opfer gefallen.

Die Grippe bei uns nicht bedrohlich.

Prag, 14. Jänner. Im Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und Körpererziehung fand heute unter Vorsitz des Referenten des Direktionskollegiums des staatlichen hygienischen Instituts Universitätsprofessor Dr. R o s e t in Anwesenheit von Professoren der beiden Prager Universitäten eine Beratung über die Grippe statt, wobei konstatiert wurde, daß der Stand der Erkrankungen unter der Bevölkerung nicht bedrohlich ist. Für alle Fälle wird mit Rücksicht auf den Stand der Epidemie in den Nachbarländern alles Nötige zum Schutze der Bevölkerung und zur Verhinderung einer Ausbreitung der Grippe vorzusehen werden (allgemeine Belehrung, Schutzmaßnahmen in den Haushalten und Dispositionen in den Krankenhäusern).

Aufgehobenes Todesurteil

gegen den Eisenbahner Botava aus Komotau.

Brüx, 14. Jänner. Der Eisenbahnbedienstete Karl Botava aus Komotau wurde, wie seinerzeit gemeldet, am 3. Oktober des Vorjahres wegen Ermordung des Polizisten Franz Hasler in Komotau vom Prager Schwurgericht zum Tode verurteilt. Der Oberste Gerichtshof hat nun der Richtigkeitsbeschwerde des Verteidigers stattgegeben, das Todesurteil als nichtig aufgehoben und eine neue Verhandlung angeordnet, die in der nächsten Schwurgerichtsperiode stattfinden wird.

Gasexplosionen.

Gelsenkirchen-Buer, 14. Jänner. Heute früh gegen acht Uhr erfolgten im südlichen Stadtteil fünf hintereinander drei heftige Explosionen, durch die die Bevölkerung in großen Schrecken versetzt wurde. Wie sich herausstellte, hatte in einem Hause ein dort wohnender Stellwerkmeister in der im Keller gelegenen Waschküche den Ofen angezündet. Das Feuer brannte bereits längere Zeit, als der Mann plötzlich eine blaue Flamme wahrnahm, die sich über den ganzen Boden der Waschküche ausbreitete. Kaum hatte er sich in Sicherheit gebracht, als eine heftige Explosion erfolgte, der bald darauf zwei weitere folgten. Das Feuer hatte sich durch das Abfließen in den Kanal fortgesetzt und dort hatten die Explosionen stattgefunden. Mit gewaltigen Krachen sprangen sämtliche Kellertüren auf und die Fenster gingen in Trümmer. Auf der ganzen Straße flogen die aufkeimenden schweren Kanalblöcke haushoch in die Luft und aus den freigelegten Kanalöffnungen schlugen gleichzeitig etwa vierzig Meter hohe Stichturme hervor. Von dem gewaltigen Luftdruck zerprangen sämtliche Fensterscheiben der angrenzenden Häuser. Man vermutet, daß die Explosionen auf Benzolabflüsse in die Kanalisations-

der wahnsinnigsten Erregung des durch die Leiden des Weltkrieges um die klare Einsicht gebrachten deutschen Proletariates geschehen. Man mag die Frevler der Berliner Annahmewache noch so sehr verurteilen, sie kommen nicht, wenigstens nicht zur Gänge, auf das Schuldkonto der beiden Märtyrer, die so schwer bezahlen mußten; die durch roheste und heimtückische Gewalt um ihr Leben kamen, obwohl sie selbst keine Anbeter der Gewalt waren. Beide waren sie gläubende Opfer des Krieges. Ueber Wilhelm Liebknecht, „den Einen, der während des Weltkrieges dennoch kein Antik erhoben hat“, schrieb Gen. Troelstra in die Rundgebung der Führer der Internationale zu Liebknechts Tode auf dem Kongress in Bern, am 8. Februar 1919: „Es hat dem sozialistischen Proletariat während des Krieges an starken Charakter und idealistisch gestimmten Menschen gefehlt. Liebknecht war einer der Wenigen. Deshalb ist er unsterblich.“ Seine Lebensaufgabe, den Militarismus zu bekämpfen bis zum letzten Blutstropfen, trug Liebknecht im Jahre 1907, wegen seiner Forderung „Militarismus und Antimilitarismus“ anderthalb Jahre Festung wegen Hochverrat von demselben Gericht ein. Vor dem 35. Jahre vorher sein Vater, der „alte Wilhelm Liebknecht“, wegen desselben Verwechters angeklagt stand. Karl Liebknecht verweigerte im Reichstag die Kriegskredite und an der Front den Dienst mit der Waffe. Am 1. Mai 1916 verteilte er am Potsdamer Platz unter den Demonstranten Handzettel

Kollaboration auf fremdem Boden. Freitag ging bei Pels ein Flugzeug nieder, dessen Anführer zwei politische Hauptleute waren. Angeblich hatten sie sich auf dem Wege nach Bromberg im Rebell verfliegen. Beide wurden samt ihrer Maschine in Geislahaus genommen, bis eine Entscheidung des Ministeriums eingegangen ist.

Eröffnung eines obersten Institutes in Prag. Sonntag, den 14. d. M. fand in der Realhale in der Prager Gasse die feierliche Eröffnung des obersten Institutes in Prag statt. Das Institut hat die Pflege der spanischen und portugiesischen Sprache und Literatur und Förderung freundschaftlicher Beziehungen mit den Ländern, wo diese Sprachen gesprochen werden, zum Zweck, vornehmlich Vorkursarbeiten. Es hatten sich auch eine Reihe Vertreter ausländischer Missionen eingefunden, darunter der spanische Gesandte, der eine Ansprache hielt. Die Rektorin für Spanisch, Frau Eizner, hielt sodann einen Vortrag in spanischer Sprache über die Bedeutung der Volkshochschulen in Spanien. Mit dem Institute ist eine großartige Bibliothek verbunden, die zur allgemeinen Benützung steht und über 1000 Bände vereinigt, dann soll das Institut auch in Verbindung mit dem neugegründeten tschechischen Auslandsinstitute Auswanderern die Kenntnis des Spanischen und Portugiesischen vermitteln.

Die Geliebte aufgehängt.

Das Wiener Schwurgericht verurteilte den Bankier Anton Ablesinger aus Birkbach wegen verübten Mordes an seiner Geliebten zu zweieinhalb Jahren schweren Kerkers und rund 80.000 Kronen Schadenersatz.

Der Angeklagte, ein Schwärmer, dem seine Dorfschwestern den Spitznamen „Teufel vom Waldviertel“ gegeben haben, hatte mit der 17-jährigen Magd Leopoldine Anderl, die bei Nachbarskanten beschäftigt war, ein Liebesverhältnis angeknüpft. Als das Mädchen ihm erzählte, daß sie sich Mitter fühlte, beschloß Ablesinger, die Geliebte zu erwidern. Unter dem Vorwand, gemeinsam zu ihren Eltern zu gehen, um mit ihnen die Heirat zu besprechen, schickte er das Mädchen voraus und kam mit dem Fahrrad nach. Ablesinger führte die Magd dann auf einen einsamen Waldweg in ein dichtes Gestrüpp und verurteilte sie dort zu einem intimen Verkehr zu zwingen. Als die Geliebte Widerstand leistete, packte er sie beim Hals und würgte sie so lange, bis sie zu Boden fiel. Der Wüstling legte darauf sein Opfer eine Schlinge um den Hals und hängte das Mädchen an den Ast einer Aiane. Unmittelbar nach der Tat begab er sich in ein Gasthaus; später ging er dann zu einem Mädchen fensterlos. Die Anderl erlag dem Mordanschlag nur dadurch, daß die Säure, an der ihr Geliebter sie aufgehängt hatte, ritz; das Mädchen erwachte aus der Bewußtlosigkeit und konnte sich zu nächsten Gendarmeriestation schleppen. Sie ist inzwischen von einem Jungen entbunden worden.

Der Angeklagte zeigte im Verlauf der Verhandlung keine Spur von Reue und erklärte zwischen, er habe mit der Magd kein ernstes Verhältnis gehabt, sondern nur mit ihr geschlechtlich verkehrt. In der Tat habe er sich entschlossen, weil er seinen Gefährtinnen Geld auszahlen mußte und deshalb die Alimone für das zu erwartende Kind nicht hätte aufbringen können; außerdem habe er dem Gerde wegen seiner Väterchaft ein Ende machen wollen.

Der am Freitag von der Berliner Kriminalpolizei verhaftete 23jährige Erwerbslose Ernst Ruch hat gestanden, die 19jährige Tüfte Nina Kufner, die aus einem Dorfe in der Gegend stammt, in der Zisterne nach der Wanderung durch den Grunewald im Verlaufe eines Zweites erwürgt zu haben. Der Mörder will im Affekt gehandelt haben und erklärte, das Mädchen, die er als seine Braut betrachtet, habe ihn mit verschiedenen Männern untergegangen. Die Leiche des Mädchens war am Neujahrsmorgen aufgefunden worden, ohne daß man sie zunächst hätte identifizieren können. Erst nachdem am Freitag an den Leichenschaufel Plakate mit dem Bilde der Ermordeten erschienen

waren, meldeten sich verschiedene Personen, die den Namen des Mädchens nannten. Durch die Angabe eines Zeugen, der die Kufner wiederholt in Gesellschaft des Arbeitslosen Ruch gesehen hatte, konnte dann der Mörder gefaßt werden.

Anekdoten.

Die Eislaufmeisterin.

Zahllose Gaffer umstanden neugierig die spiegelglatte Fläche des Wiener Eislaufplatzes. Denn niemand Gringere als Irma Libe heißt, Irma Karoly, die Eislaufmeisterin, die Beste der Wiener Kunstläuferinnen. Und es war wirklich des Zuschauens wert: wie schonungslos Frau Karoly den „Ser“ ins Eis geschleudert und wie prägnant sie dann — in ihrer alten Spur — den „Ser“ tief, millimetergenau, so daß der „Ser“ ganz übersehen war und nicht die jarteste Linie mehr an seine Existenz erinnerte. Alles inbilde der Meisterin zu beglückseligt, hinterlassen. Nur ein alterer Herr, knapp vor mir, sagte leise zu seinem Begleiter: „Nichts, Mord, und mag'n dem hab ich damals sechs Monat geklagt!“

Die Schauspielerin.

Eine Schauspielerin besagte sich bei Zabiße über den Geiz des Direktors, der ihr schlechte Rollen gab und sie schlecht bezahlte. „Sagen Sie selbst, Meister, bin ich denn nicht fünf Louis pro Abend wert?“ „Doch“, antwortete Zabiße, „aber nach der Vorstellung.“

Der Vater.

Die Garderobe eines Berliner Prominenten. Eine kleine Kollegin stürzt aufgeregter herein und berichtet ihm schmachzend, daß ihr Verhältnis mit einem Jüngling gelitten sei und sie sich Mutter fühle — von ihm. „Aber, Mädchen, woher willst du denn wissen, daß gerade ich der Vater bin?“ „Empörter Aufschrift: „Aber Heini! Du wirst doch nicht denken — — —“

„Nur keine Szene, bitte! Warum sollte es beispielsweise nicht ebenfugot der kleine Bannock gewesen sein können?“ Die Kleine lachte abweisend-verächtlich auf: „Der — — — mit seinen zweihundert Mark Anfängergage?“

Volkswirtschaft.

Die Lohnbewegung der Textilarbeiter.

Unternehmer und Bolschewiken arbeiten einander in die Hände.

In der Textilindustrie gestalten sich die Lohnbewegungen von Jahr zu Jahr immer schwieriger und komplizierter. Die Ursachen dieser Schwierigkeiten sind einerseits auf die Unternehmungsorganisation und andererseits auf die Bolschewiken zurückzuführen. Schon vor der Vereinigung des deutschen und tschechischen Arbeitgeberverbandes versuchten die Unternehmer die Löhne planmäßig niedrig zu halten und falls sie dennoch da und dort zu Lohnsteigerungen gezwungen wurden, trachteten sie immer, die Löhne über ein gewisses Maß nicht hinaufzulassen, ganz gleich, ob eine gute oder schlechte Konjunktur in den Vertragsgebieten vorhanden war. Außerdem trachteten sie stets, die Abkäufertermine der Verträge auf einen bestimmten Zeitpunkt (womöglich Weihnachten) zu konzentrieren, und gerade in dieser Frage kamen ihnen die Bolschewiken jederzeit entgegen. Durch dieses planmäßige Vorgehen der Unternehmer und durch das Einigenkommen der Bolschewiken, in der Frage des Vertragstermines, gelang es letzteren, zu erreichen, daß von Jahr zu Jahr die Kampfgebiete vergrößert werden konnten.

Das es kein Vorteil für die Arbeiterschaft ist, wenn im selben Zeitpunkt, Verträge in diesen großen Vertragsgebieten ablaufen

wird jedem Textilarbeiter klar sein. Warum versuchen die Unternehmer, womöglich mehrere große Vertragsgebiete zu einem Termin abzuschließen? Die Unternehmer wissen sehr gut, daß die Schlagkraft der Arbeiterorganisation nachläßt, je größer die Kampfgebiete und je mehr Arbeiter in diesen Gebieten beschäftigt sind. Die Arbeitgeber wissen sehr genau, daß in der Verschiedenartigkeit der Branchen (z. B. Wäcker, Baumwollspinner, Webler, Färber, Kammgarn sowie Streichgarnspinner, Teppichherstellung usw.) eine Gefahr für die Gewerkschaften liegt, weil die Arbeiter der einzelnen Branchen sehr häufig vollständig gegenseitige Interessen verfolgt. Aber nicht nur das ist von Nachteil, sondern es kommt sehr häufig vor, daß zum Beispiel in einer Branche der Textilindustrie Hochkonjunktur herrscht, während in einer anderen, ebenso großen Branche, die Beschäftigung darniederliegt und Ausrüstung eingestellt ist. Wenn wir den ersteren Teil der verschiedenen Interessen der einzelnen Branchen in Betracht ziehen, so rechnen die Arbeitgeber damit, daß nicht die Wünsche der arbeitssuchenden Arbeiter befriedigt werden können, weil sie sich gegenseitig zuwiderlaufen und sie wissen sehr genau, daß dadurch die Gewerkschaften in die größten Schwierigkeiten kommen und sehr oft

durch die Gegenläufe unter der Arbeiterschaft im Kampfe geschwächt werden.

Durch dieses planmäßige Vorgehen der Unternehmer, an einem Termin mehrere große Vertragsgebiete in eine gemeinsame Lohnbewegung zu treiben, schlißen sich die Arbeitgeber vor dem Vorpresse der ausbelebten Arbeiterschaft in einzelnen Vertragsgebieten.

Durch diese Taktik sind die Unternehmer imstande die Gesamtarbeiterschaft niederzuphalten.

Die Bolschewiken und die Unternehmer haben ein Ziel, ein gemeinsames Ziel, wenn auch die Ursachen des gleichen Zieles bei den Bolschewiken anderer Natur sind. Letztere wissen, daß der Kampf in kleinen Vertragsgebieten viel erfolgreicher ist (aber ihren politischen Theorien zuwiderläuft), daß bei zusammengelegten großen Kampfgebieten die Arbeiterschaft aktionsunfähig wird, was aber die Kommunisten offensichtlich herbeiführen, denn dann können sie der Arbeiterschaft einpauken und in ihnen die — allerdings völlig irrige — Auffassung erwecken, daß Lohnkämpfe, geführt auf wirtschaftlicher Grundlage, mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln unwirksam sind und sie hoffen, den Arbeitern beibringen zu können, daß einzig und allein die „Diktatur des Proletariats“ helfen kann.

Ein weiterer Beweggrund, der allerdings von den Kommunisten nicht ausgesprochen wird, ist ihre Hoffnung, daß bei Nierenanfällen die Wäckerlichkeit eintreten kann, sie in politische Aktionen umzugestalten und sich an die Spitze dieser Kämpfe zu stellen.

Aus dem Angeführten ist zu ersehen, daß Unternehmer sowie Bolschewiken ein gemeinsames Ziel haben; beide können sich gleiche Gewerkschaftsarbeit nicht brauchen. Die Unternehmer, weil sie auf ihrem Gelde sitzen und die Arbeiterschaft nichts bewilligen wollen, die Kommunisten, weil sie erhoffen, ihre politische Diktatur im Staate aufzurichten zu können. Daß durch dieses Vorgehen der Bolschewiken die Arbeiterschaft schwer geschädigt wird, beachten sie nicht, es ist ihnen auch vollständig gleichgültig, ihnen handelt es sich dabei, nur um die Erreichung ihrer abenteuerlichen, politischen Ziele. Daß Unternehmer und Bolschewiken sich also gegenseitig Hand in Hand arbeiten, wobei sie aber ganz gegenseitige Pläne verfolgen, geht aus obigen Dargelegtem klar hervor. Die Unternehmer wollen

zum Schlage austreten, in der festen Absicht, die Arbeiter auf breiter Basis organisatorisch zu Boden zu räumen und ihre Betriebe von unwillkommenen Elementen zu säubern, während die Bolschewiken wieder hoffen, durch ihre Taktik die freien Gewerkschaften über den Haufen zu rennen und die Arbeitermassen zur Durchsetzung ihrer Katastrophepolitik mitreißen zu können. Sicher ist jedoch, daß beide Teile ihr Ziel nicht erreichen werden.

Daß beide, Unternehmer wie Bolschewiken, in dem Kampf gegen die Arbeiterschaft vor keinem noch so verwerflichen Mittel zurückschrecken, beweist einerseits das brutale Vorgehen der Unternehmer, ihr zielbewusstes Rechnen mit den bolschewistischen Theorien und andererseits zeigen die Bolschewiken, daß sie dem Arbeitgeber in verschiedenen Fragen in geheim entgegenkommen, indem sie einverstanden sind, daß die Vertragsgebiete vergrößert werden, andererseits gehen sie sogar zum offenen Verrat an der Arbeiterschaft über, indem sie, wie z. B. der Artikel im „Vorwärts“ vom 11. Jänner 1929 zeigt, die Stärke der Organisationen, ausgerechnet vor dem Kampfe, den Unternehmern unter die Nase halten. Abgesehen davon, daß diese im „Vorwärts“ veröffentlichten Ziffern vollständig unrichtig sind, zeigen sie doch von einer großen Zahl indifferenter Textilarbeiter, die die Unternehmer im Falle eines Kampfes als eine Axtspitze für sich buchen zu können glauben. Es blieb den Bolschewiken vorbehalten, diesen proletarischen Hochverrat zu begehen. Sollen diese im „Vorwärts“ veröffentlichten Ziffern die Unternehmer ermuntern, zu einem entscheidenden Schlage auszuholen? Fast scheint es, daß dies der geheime Wunsch der Bolschewiken ist.

Die Union der Textilarbeiter, gemeinsam mit dem Brünner Arbeiterverband haben allein annähernd 10.000 Mitglieder in den angeführten Vertragsgebieten mehr organisiert als im „Vorwärts“ angegeben wird. Wo bleiben dann noch alle übrigen Organisationen, wie z. B. der Nachoder Verband, die deutschen sowie tschechischen Christlichsozialen, die Deutschnationalen, Sakenfremder und was sonst noch an Organisationen vorhanden ist? Nicht genug daran, daß

die Bolschewiken jedesmal vor Lohnbewegungen freimütig und offen erklären, daß ihre Gewerkschaften leer sind und daß trotzdem gekämpft werden muß;

nicht genug daran, daß man den Arbeitern sagt, daß sie die Streikunterstützung nicht in Geldmitteln, sondern nur in Suppen erhalten werden, so zeigt man nebenbei noch den Unternehmern, daß ihre Aktiosten, die Indifferenten, eine beträchtliche Zahl ausmachen, auf welche die Unternehmer bauen können.

Daß die Verhandlungen in den bolschewistischen verfeuchten Vertragsgebieten von Jahr zu Jahr schwieriger werden, beweist die Tatsache, daß es in Nordböhmen zu wirklichen Lohnverhandlungen, obwohl sie tagelang dauern, gar nicht mehr kommt, sondern daß bei jedem Lohnabschluß die Unternehmer durch ein Diktat den Abschluß erzwingen. Die freien Gewerkschaften werden einmal mit diesem beiderseitigen Ziel der Unternehmer, hauptsächlich aber der Unternehmensekretäre und der Bolschewiken, Schluß machen müssen, sie werden einmal beide durch energisches Vorgehen bekehren müssen, daß sie noch über eine Stärke verfügen, die beide im Schach hält. Was sich gegenwärtig die Unternehmer, und besonders ihre Sekretäre, gegen die Arbeiterschaft erlauben, spottet jeder Beschreibung.

Der Kampf der freien Gewerkschaften muß also nach zwei Fronten geführt werden und beide Fronten sind einander an Unaufrichtigkeit wert. Es ist möglich, daß ausländische Unternehmer selbst mit dem Spiel ihrer Sekretäre nicht einverstanden sind; aber sie bleiben den Verhandlungen fern und überlassen ihren Sekretären die Taktik, die sich zum Schaden des Einzelunternehmers katastrophal auswirken kann.

Dieses gemeinsame Ziel und dieses Ziel gemeinsamen Weges von Unternehmer und Bolschewiken, muß jedem Textilarbeiter zu denken geben und er muß sich aufraffen, um mit ganz energischer Kraft nach beiden Fronten Widerstand zu leisten. Wenn der von beiden Seiten, Unternehmer und Bolschewiken, herbeigekommene Kampf offen ausbrechen sollte, so wird die Staatsgewalt auf Seite der Unternehmer zu finden sein und die Arbeiterschaft wird durch eine fürchterliche Niederlage gehen müssen; sie wird dann auf Jahre hinaus niedergeschlagen werden.

Dann könnten die Unternehmer rückwärtsrationalisieren, die Ausbeutung bis zur Unertüchtigkeit steigern und die Arbeiterschaft würde unter diesem Druck schwer zu leiden haben. Die Bolschewiken müßten hierfür die Verantwortung tragen, denn sie sind neben der Unternehmer die Hauptschuldigen, weil sie ihnen in die Hände arbeiten und ihnen in diesem Kampfe, die Arbeiterschaft niederzuschlagen, entgegenkommen. Wird sich jedoch die Arbeiterschaft nicht bekehren lassen, und auf die Pfaffen der Bolschewiken hören, dann wird sie diese Niederlagen schwer zu büßen haben.

Devi'enkur'e.

Prager Kurie am 14. Jänner

100 vollständige Gulden	1355.50	127.50
100 Schilling	391.65	401.10
100 Krone	408.85	170.00
100 Schweizer Franken	643.15	151.15
1 Pfund Sterling	163.61	142.91
100 Rix	170.40	172.90
1 Doller	33.74	154.00
100 französische Franken	151.83	122.88
100 Belgien	39.20	16.45
100 Dening	358.17	160.17
100 polnische Zloty	377.80	170.85
100 Schilling	474.20	175.70

„Afrika Angst.“

Aus Afrika kam dieser Tage die Kunde von der kürzlich vollzogenen grausamen Ermordung eines Neger-Verbrechers: Er wurde angefaßt einer dreihundertköpfigen Menge bei lebendigem Leibe verbrannt. Hätten dieselben Menschen so Zurückbares einem Welken, und hätte er das Kerzle begangen, angetan? — Nein, ein Welker wäre der Justiz überlassen worden (die ihn vielleicht sehr streng bestrafen hätte); aber ein Neger — der kann umgebracht werden, wie man mit gleicher Grausamkeit kein Vieh vernichten würde; denn dem grenzenlosen Haß, den die Durchschnittenamerikaner gegen die Neger fühlen, steht die Menschlichkeit gegenüber, die menschlichen dem herrlichen weißen Geschlecht gestellt werden kann. Die Gleichberechtigung der Neger als Staatsbürger und Menschen ist wohl Gefährlich, aber noch lange nicht in das Bewußtsein aller „Arten Amerikaner“ eingedrungen.

Zeit Jahrhunderten in Sklaverei gehalten, getreten, verkauft und auch nach der Befreiung vom Sklaventum noch erniedrigt und ausgebeutet, hat sich die schwarze Rasse democh zum großen freien Menschentum durchgerungen. Schritt für Schritt mit ihrer Ausdauer hat sie sich Platz geschaffen in der bürgerlichen Welt und auch die geistigen Güter erbeutet, die allen Menschen ohne Unterschied der Rasse und Hautfarbe abühren; denn „Menschentum“ ist nicht Farbe und Sprache, Menschentum ist Geist und Herz.

Heute finden wir in Amerika Neger nicht nur als Tagelöhner, Arbeiter, Zehnpfugler und Diener der Vergütungsindustrie, sondern auch als Gelehrte und Lehrer, Politiker, Künstler und Dichter.

Und nun erhalten wir im deutschsprachigen Europa zum erstenmal ein Buch, das uns diesen geistigen Neger-Amerikaner zeigt: nicht der Razz dabeilnde, in Tanz und Orchester sich vererthende „Amüßernhäger“ steht vor uns (der ist nur ein Teil der großen Rasse, eine „Branche“, die leichter Geistesarbeit hat, Europa zu besuchen), sondern der schwarze „Mensch“ mit seinem Verd und seinem Stolz, seiner Sehnsucht nach dem Platz an der Sonne, seiner Arbeit, seiner Verpflückung und Hoffnung eröffnen sich uns und wirbt — nein fordert mit vollster Berechtigung Aufnahme in den großen Kreis der Menschheitsbrüderchaft.

„Afrika Angst“ heißt das Buch, das einen Auszug aus dem Schaffen der neuen afro-amerikanischen Dichtergeneration gibt. Achtzehn herrliche Talente formen, was sie empfinden, sehen und erleben. Schicksale erheben, Leben rollen ab: Der Neger als der ewig gekündene, gekündigte Zehnpfugler, der vor dem Weiken dankbar dienen muß, weil er ihm erlaubt, für ihn zu arbeiten als Melker, Baumwollpflücker, Spindspinnpflücker, Wäcker; das aufgeschminkte Geleit der Pariserer Freudenngelassen glüht und schluchzt. Zeitgeist und Neger der Liebe wechseln ab. Dazwischen ertönt immer wieder der leidenschaftliche Schrei oder die beschwörende Bitte nach Gleichberechtigung.

Das Buch „Afrika Angst“ ist in der Speidel'schen Verlagsbuchhandlung Wien-Leipzig erschienen

Zehnsucht nach der verlorenen Heimat wird laut, die man gar nicht kennt, die nur den Träumen so herrlich erscheint, weil man dort als freier Mensch gilt. Wilde Anklage und Schilderung der entsetzlichen Bedingungen, die immer wiederkehren, strömen mit Herzblut und Tränen hin und Herzen scheinen sich aufzuheben in Schmerz und Qual. Dann wieder bänmi sich auf der Tiaz „Auch ich bin Amerika“; und der weiße und der schwarze Knabe gehen Hand in Hand; und die junge verstopfte Arumutter läßt voll überströmender Zärtlichkeit das schwarze Köpfchen ihres Kindes — dessen Vater irgendwo als Leiche an einem Baum hängt.

Talochs und anderes flugt das Buch in zarten und leidenschaftlichen Tönen, in kunstvollen und einfachen dem Volkston abgelesenen Strophen. Namen wie Langstone Hughes, Conner Cullen, Claude. Mc Kay, Gloria Douglas Johnson (um nur einige der am meisten Berühmten zu nennen) wird man sich merken müssen, wenn man von Dichtern spricht.

Und laut sei der Herausgeberin Anna Kaufmann (der wir schon manche Übersetzungen aus fremden Sprachen danken), die im Verein mit Anna Meisen, Hermann Kesser und Josef Leitpold die deutsche Uebersetzung der amerikanischen Verse besorgt hat.

Wer das Herz einer großen, lange verkannter Klasse schlagen hören will, der lese und lausche und gebe das Erkante weiter als kleinen Baustein der großen herrlichen Idee der internationalen Völkerverständigung. Elsa Maxa u (Wien).

